

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

politikturn!

3/16

**Geht's auch
eigenständig?**

Perspektiven
der Jugendpolitik





Neu im LJR. Charlotte Schindler ist seit September als neue Referentin für den Bereich der außerschulischen Jugendbildung tätig. Neben den Alternativen Stadtrundfahrten und der internationalen Jugendarbeit des LJR ist sie auch Ansprechperson für Grundlagen der verbandlichen Jugendarbeit. Dennis Blitz, der Vorgänger auf der Stelle, ist nun Bildungsreferent bei den Falken in Hamburg.

Charlotte, die im Rhein-Main-Gebiet aufgewachsen ist, engagierte sich neben der Schule in ihrer Kirchengemeinde und machte dort die Jugendleitercard, um eine eigene Kindergruppe leiten zu können.

Als Freizeitenteamerin und Mitglied der Landesjugendleitung in einem hessischen Jugendumweltverband war sie viele Jahre ehrenamtlich aktiv und konnte auf Seminaren, in Workshops und Sitzungen tolle Einblicke in die verbandliche Jugendarbeit erhalten. Nach einem Freiwilligen Ökologischen Jahr mit dem Schwerpunkt Pädagogik in der Bundesgeschäftsstelle der BUNDjugend in Berlin entschloss sie sich, Außerschulische Bildung mit dem Nebenfach Klassische Archäologie in Gießen zu studieren. Während ihres Studiums war sie Mitglied im Bundesvorstand der BUNDjugend und konnte die bundesweiten Projekte unterstützen und spannende Jugendkongresse besuchen. Im Vorstand engagierte sie sich vor allem in den Bereichen Pädagogik und verbandsinterne Vernetzung.

Um der hessischen Provinz nach dem Bachelorstudium zu entfliehen, zog es Charlotte nach Lüneburg, wo sie seit zwei Jahren lebt. Zunächst arbeitete sie als Erzieherin in der Ganztagsbetreuung einer Schule in Hamburg, aber die verbandliche Arbeit ließ sie nicht los.

Sie freut sich nun auf die kommenden Aufgaben und die Projekte des Landesjugendrings begleiten zu können.

Im LJR-Büro erreicht Ihr Charlotte telefonisch unter (040) 317 96 115 und via E-Mail unter charlotte.schindler@ljr-hh.de.

Kommentar

- 3 Warum eigentlich immer Work-Life-Balance?**
Laura Vanselow, Martin Helfrich
Vorsitzende des Landesjugendrings

Titelthema

Geht's auch eigenständig?
Perspektiven der Jugendpolitik

- 4 Jugendpolitik – eigenständig, vernetzt, kompetent?!**
Von Benno Hafenecker, Uni Marburg

- 8 Kommt der Jugend-Check? Ein Überblick zum Sachstand.**
Das Prüfinstrument für Gesetze: Ein großer Wurf? Oder eine Luftnummer?
Von Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Dokumentation

- 9 Eine School-Life-Balance? Worum geht's?**
Zum Beschluss der LJR-Vollversammlung vom 12. September 2016

- 10 Freiwilliges Engagement von Schülerinnen und Schülern in Hamburg stärker fördern!**
Junge Menschen haben ein Recht auf Freizeit und eine gute School-Life-Balance!

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Rebekka Posselt **Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Martin Helfrich c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80;

info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.300 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Vielfalt! Jugendarbeit

- 14 Quer durch die Zeit**
Die Evangelische Jugend Hamburg feiert ihr 70-jähriges Bestehen
Von Siegmund Grapentin, Evangelische Jugend Hamburg

- 16 Bande, die halten**
Serie Wirkungsstätten: Besuch beim CVJM Altona-Eimsbüttel
Von Christoph Fuchs, München

Nachrichten

- 19 Gemeinsam.Leben.Lernen.**
Buß- und Betttag 2016: Die Evangelische Jugend Hamburg (EJH) lädt ein zum Jugendtag am 16. November

- 19 Junge Islamkonferenz Hamburg 2016**
Hamburg (inter-)kulturell geöffnet? Was bedeutet das eigentlich? Und wie kann das gelingen?

Warum eigentlich immer Work-Life-Balance?

»Ich kann heut' doch nicht zur Gruppenstunde, muss noch Englisch machen.« Oder: »Nee, meine Mama sagt ich kann am Wochenende nicht mit auf das Zeltlager, weil wir nächste Woche Mathe schreiben!« Teilnehmer/innen sagen Gruppenstunden und Wochenendfahrten ab, weil sie lernen müssen, die Hausaufgaben noch nicht fertig sind oder der Nachhilfeunterricht in die Zeit der Gruppenstunde fällt. Wir erleben durch G8 und verbindlichen Nachmittagsunterricht eine Verknappung der Zeit von Kindern und Jugendlichen. Und ja – das hat Auswirkungen auf die Angebote der Jugendverbände. Gruppenstunden, Heimabende, Sporttraining werden auf den späten Nachmittag gelegt, damit die Teilnehmer/innen, aber auch die Jugendleiter/innen, Zeit dafür haben. Wochenendfahrten müssen in die nähere Umgebung unternommen werden, weil man am Freitag nicht am frühen Nachmittag aufbrechen kann. Wie viele Kinder und Jugendliche zu den wöchentlichen Treffen und anderen Angeboten kommen, entscheidet dann aber vor allem die individuelle Hausaufgaben- und Klausurenlage. Jugendverbände »konkurrieren« daneben mit freiem Chillen, Freunde treffen, Musikunterricht, Arztterminen, dem Konfirmanden-Unterricht und der ebenfalls knapper werdenden Familienzeit. Gleichzeitig suchen viele Schulen Anbieter für die Gestaltung des Ganztags. Auf den ersten Blick eine naheliegende Lösung.

Aber: Jugendverbandsarbeit ist getragen von den Prämissen der Freiwilligkeit, Selbstbestimmtheit und Ehrenamtlichkeit. Kinder und Jugendliche sollen sich und ihre Fähigkeiten bewertungsfrei ausprobieren und kennen lernen. In den Freiräumen der Jugendverbände können junge Menschen Selbstwirksamkeit erfahren und Schritt für Schritt, Verantwortung für sich und andere übernehmen. Schule funktioniert da weitestgehend anders. Es geht um formale Bildung, Bewertung, Leistung. Im Ganztag benötigt Schule Sicherheit und setzt eine klare Rahmung durch Zeit und Ort voraus. Eine Verbindlichkeit, welche von Jugendverbänden, so sie denn Angebote für Ganztagschulen machen wollten, ehrenamtlich nur schwer gewährleistet werden könnte. Zumal die ehrenamtlichen Jugendleiter/innen am Nachmittag ja oft selbst noch im Unterricht gebunden sind.

Auf den zweiten Blick passt es also gar nicht mehr so gut zusammen. Und das muss bzw. soll es auch gar nicht. Jugendverbände bieten außerschulische Bildung. Sie sind Orte des sich Ausprobierens, des miteinander und voneinander Lernens, des Wachsens und Gemeinschaft Erlebens. Gemeinschaft, die durch Partizipation entsteht und weiterbesteht – und in der ihre tragenden Werte stets neu verhandelt werden. Aus diesem Grund werden Jugendverbände zu Recht als Lernwerkstätten der Demokratie bezeichnet.

Wenn jugendverbandliche Arbeit wichtig und politisch gewollt ist, dann müssen die Bedingungen hergestellt werden, in denen Jugendverbandsarbeit weiterbestehen kann, ohne sich von den Grundpfeilern wie Freiwilligkeit, Selbstbestimmtheit und Ehrenamtlichkeit zu verabschieden.

Die Vollversammlung des Landesjugendringes hat unter dem Titel »Freiwilliges Engagement von Schülerinnen und Schülern stärken. Junge Menschen haben ein Recht auf Freizeit und eine gute School-Life-Balance« zwölf Forderungen beschlossen, die zu einer Verbesserung der

Situation von Schülern/innen und der Jugendverbände beitragen. Dieser erste Aufschlag zur Stärkung freiwilligen Engagements ist eine klare Anforderung an die Politik, sich zur Wichtigkeit der Jugendverbandsarbeit klar zu positionieren. Der Landesjugendring hat seine Hausaufgaben gemacht – jetzt geben wir den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft und dem Senat welche auf. Wir helfen gern mit, wenn es an die Umsetzung geht! Den Beschluss dokumentieren wir auf den Seiten 9 – 12 in dieser Ausgabe – zum Lesen, Heraustrennen, Weiterreichen.

Freiräume für außerschulische Bildung und für Engagement zu schaffen – das ist eine Aufgabe, die sich nicht allein in der Behörde für Schule und Berufsbildung erledigen lässt. Gewiss muss hier Verantwortung für Schüler/innen wahrgenommen werden, und politische Lösungsentwürfe müssen auf den Tisch. Doch die Anliegen junger Menschen lassen sich – hier wie in vielen anderen Fällen – nicht in Ressortgrenzen abbilden. Wir zeigen in dieser punktum auf, was eine Eigenständige Jugendpolitik hierzu beitragen kann – und welche Chancen sie auch für Hamburg birgt.

Apropos: Um die Interessen junger Menschen bei allen Maßnahmen im Blick zu haben, hat die Große Koalition auf Bundesebene vereinbart, einen Jugendcheck einzuführen. Eine überfällige Maßnahme! Über den Sommer, so wurde von Kundigen im politischen Kaffeesatzlesen prognostiziert, sei im Bundesjugendministerium eine Entscheidung über den Jugend-Check und seine rechtliche Implementierung zu erwarten, so dass darauf eine Gesetzesvorlage in den Bundestag eingebracht werden könnte. Oder spätestens Ende September beim bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund, wo die Akteure des Vorhabens gemeinsam auf dem Podium saßen, würde die Katze aus dem Sack gelassen werden. Doch abermals müssen wir uns nun gedulden – kein Check in Sicht. Die Verantwortung zwischen den Fraktionen und Ministerien weiterzureichen, ist zwar scheinbar modisch, aber allenfalls eine billige Ausrede. Es ist nicht zu viel verlangt, von den Abgeordneten und der Bundesregierung zu erwarten, dass sie sich an den Koalitionsvertrag halten. Versprochen ist versprochen: Wir erwarten einen rechtlich verbindlichen, wirksamen und systematischen Jugendcheck noch bis zur kommenden Bundestagswahl. Daran werden wir unsere Abgeordneten in Berlin bei Gelegenheit erinnern.

*Laura Vanselow, Martin Helfrich
Vorsitzende des Landesjugendringes*





Jugendpolitik – eigenständig, vernetzt, kompetent?!

Von Benno Hafener, Uni Marburg

Über Jugend und Jugendpolitik wird seit Beginn des 20. Jahrhunderts und dann auch in der Geschichte der Bundesrepublik zyklisch wiederkehrend diskutiert. Vor allem wenn Kinder- und Jugendberichte vorgelegt werden, wenn jugendpolitische Proklamationen und Ziele bzw. Strategien einer »Neuen und Eigenständigen Jugendpolitik« verabschiedet werden, aber vor allem wenn Teile der jungen Generation »auffallen«, mit gesellschaftlich und politisch problematischen und unerwünschten Einstellungen und Verhaltensweisen auf sich aufmerksam machen,

dann wird »Jugend« zum öffentlichen Thema – und dann wird auch jugendpolitisch reagiert. »Jugend und Jugendpolitik« gehören – im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext verortet und mit unterschiedlichen Interessen verbunden – zu den verhandelten Dauerthemen der Republik (vgl. Hornstein 1999, Luedtke/Wiezorek 2015). Dabei hat sich Jugendpolitik zu einem komplexen und gesetzlich geregelten sowie förderungspolitisch differenzierten Feld mit einer Vielfalt von Akteuren entwickelt, das heute von der EU- über die nationale Ebene, die Länder und Kommunen bis in die Pluralität der freien Träger (vor allem den Jugendverbänden,

Bildungsstätten und Wohlfahrtsverbänden) sowie vielfältigen Initiativen reicht.

Jugendverbände/-ringe gehören mit einer langen Tradition und auf allen körperschaftlichen Ebenen zu einem – nach wie vor – wichtigen Akteur, und sie bestimmen die zeitbezogene jugendpolitische Agenda mit. Sie waren und sind immer wieder neu herausgefordert, ihre Ziele, Aktivitäten und Forderungen zu begründen, sich zu positionieren und streitend einzubringen. Dabei sind Jugendarbeit und Jugendpolitik die beiden Kernfelder von Jugendverbänden/-ringen, die – bei einer Vielfalt von verbandlichen Aktivitäten – zunächst getrennt, zugleich

(vor allem über die Jugendringe) miteinander zusammenhängen und verwoben sind. Im Folgenden soll das jugendpolitische Feld mit Blick auf die Jugendverbände/-ringe mit acht Markierungen abgesteckt werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass empirisch gesicherte Erkenntnisse zum Verhältnis von Jugend(verbands)arbeit und Jugendpolitik (bisher) kaum vorliegen; das gilt für die kommunale, Landes- und Bundesebene. In der Realität streut das jugendpolitische Feld bzw. reichen die erkennbaren Strategien – so aus der Beobachterperspektive – von »innovativ und aktiv«, »reaktiv und pragmatisch« bis hin zu »nicht vorhanden« bzw. »kaum erkennbar« (vgl. Lindner 2012, Neu u. a. 2016).

1. Was ist Jugendpolitik?

In einer prinzipiellen und allgemeinen Verständigung ist zunächst zu vergegenwärtigen, dass Jugendpolitik der Diskurs im öffentlichen (politischen und verbandlichen) Raum, die öffentliche Einmischung in die Diskussion über die junge Generation, über deren Themen, Fragen und Probleme sowie deren Zukunft ist. Dabei geht es um differenzierte »Jugendiagnosen« und die Auseinandersetzung mit Jugendbildern, um die Bedeutung von Subjekt- und Demokratieentwicklung, Partizipation und Integration, die Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen einerseits, dann um Wege und jugendpolitische »Instrumente« für gesellschaftlich erwünschte, demokratiefördernde Entwicklungen sowie von angemessenen Problemlösungen andererseits. So wie andere Politikbereiche – z. B. Schul-, Familien- oder Arbeitsmarktpolitik – für spezifische Bereiche des jugendlichen Lebens zuständig sind, so ist die Jugendpolitik »im Kern« für die lebensweltlichen Zusammenhänge und eine »gelingende Jugendphase« in der Freizeit (und darüber hinaus) zuständig. Ihre Aufgabe ist es, dafür die notwendigen und angemessenen Rahmenbedingungen zu begründen, zu schaffen und angemessene »Instrumente« zu etablieren. Diese reflektieren als staatliche und gesellschaftliche Steuerungsinstrumente zugleich immer auch die zeitbezogenen – positiven oder negativen – Blicke auf die junge Generation, die angebotenen Deutungen von (problematischen) Entwicklungen in und Interessen an der jungen Generation (vgl. Gronemeyer/Hoffmann 2014, Luedtke/Wiezorek 2015).

2. Tradition

Die Jugendpolitik der Jugendverbände und -ringe hat eine lange Tradition in der deutschen Geschichte: Das gilt für die Kaiserzeit (im Rahmen der Preußischen Jugendpflegeerlasse), die Weimarer Republik (mit dem « Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände» und

dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz) und die Geschichte der Bundesrepublik (mit der Gesetzgebung und den Jugendringen als Instrument auf allen Ebenen). Auf Entwicklungen und Weichenstellungen für die junge Generation haben sie wiederholt Einfluss genommen und Initiativen entwickelt, hier waren sie ein wichtiger und anerkannter (und streitbarer) Partner der Politik. Diese Tradition ist in den westlichen Ländern (der EU) – die andere Traditionen und Organisationsformen der Jugendarbeit haben – einmalig, weil die Jugendverbände in der Lage sind, bis zu 40% – so eine wiederkehrende Zahl in der langen Geschichte – der jungen Generation zu organisieren bzw. zu erreichen. Das war und ist eine Voraussetzung, ein relevanter zivilgesellschaftlicher Akteur sowie ein starker und robuster Partner gegenüber der bzw. in Politik und Gesellschaft zu sein, an dem man nicht »vorbei kommt«.

Jugendverbände und -ringe hatten und haben bei jugendpolitischen Entscheidungen und Weichenstellungen phasenweise eine herausgehobene Bedeutung und ein besonderes Gewicht. Das gilt vor allem für die Gesetzgebung mit den Jugendbildungsgesetzen, Bildungsurlaubsgesetzen, dann für die Jugendleiterfreistellung und Juleica, für Förderprogramme, internationale/regionale Kontakte, für vielfältige politisch-pädagogische Projekte (z. B. historische Stadtrundfahrten) und Trägerschaften von Aktivitäten und Einrichtungen.

3. Sechs Verständnisse

Neben dem skizzierten – prinzipiellen und allgemeinen – Verständnis von Jugendpolitik können grob sechs Verständnisse bzw. Ebenen von Jugendpolitik – so meine Beobachtung – unterschieden und identifiziert werden. Sie kommen so idealtypisch kaum vor, aber es sind jeweils Akzentsetzungen, die zeigen, was unter Jugendpolitik verstanden wird bzw. werden kann:

- Jugendpolitik mit einem sehr breiten Verständnis und mit Blick auf den **Alltag der verbandlichen Jugendarbeit**. Dieser wird immer auch als Jugendpolitik verstanden, weil Jugendliche sich hier auch unmittelbar und direkt für ihre Interessen engagieren und Erfahrungen machen, die möglicherweise zur Folge haben (können), auch weitergehende Interessen und Forderungen – für die Jugendgruppe, den Verband, die Kommune – zu entwickeln und zu formulieren.
- Jugendpolitik mit einem breiten Verständnis als **Einmischungs-/Querschnittspolitik** in der Auseinandersetzung mit Fragen und Themen, Entwicklungen und Weichenstellungen, von denen immer auch die junge Generation betroffen ist; der Anspruch ist dabei, die Interessen von »allen« Jugendlichen zu vertreten. Dazu gehören u. a. die Sozial- und Bildungspolitik, die

Der Autor



Benno Hafenecker ist emeritierter Professor für außerschulische Jugendbildung an der Universität Marburg. Vor seiner Professur arbeitete er mehrere Jahre als Jugendbildungsreferent beim Hessischen Landesjugendring in Wiesbaden.

Ausgewählte Publikationen:

- Jugendarbeit als Beruf. Geschichte einer Profession in Deutschland. Opladen 1992
- Jugend-Gewalt. Zwischen Erziehung, Kontrolle und Repression. Ein historischer Abriss. Opladen 1994
- zus. mit Mechtild M. Jansen: Rechte Cliques. Alltag einer neuen Jugendkultur. Weinheim u. a. 2001
- Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren, Opladen 2005
- Subjektdiagnosen. Subjekt, Modernisierung und Bildung, Schwalbach/Ts. 2005
- zus. mit Reiner Becker: Rechte Jugendcliques. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Eine empirische Studie. Schwalbach 2007
- (Hrsg.): Handbuch außerschulische Jugendbildung. Grundlagen, Handlungsfelder, Akteure. Schwalbach 2011
- Strafen, prügeln, missbrauchen. Gewalt in der Pädagogik, Frankfurt a.M. 2011
- Beschimpfen, bloßstellen, erniedrigen. Beschämung in der Pädagogik. Frankfurt am Main 2013

Wohnungs- und Verkehrspolitik, die Kultur- und Familienpolitik. Auf diese gilt es – einmischend und offensiv – Einfluss zu nehmen, weil hier über die Lebensbedingungen der jungen Generation und deren Zukunft entschieden wird.

- Jugendpolitik im engeren Sinne als **Jugendhilfepolitik**, im Bereich der jugendhilfepolitischen Gesetzgebung, der Förderung und Ausstattung. Dieses Verständnis ist an der Absicherung und weiteren Profilierung der »Instrumente« orientiert, mit denen die eigenen verbandlichen Interessen im Feld einer



arbeitsteiligen Kinder- und Jugendhilfe gesichert sind. Hier ist man zugleich Partner im Feld der Kinder- und Jugendhilfe, der – u. a. in den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen – sowohl das gesamte Feld im Blick hat als auch für »sich selber sorgt«.

- Jugendpolitik im ganz engen Sinne **als Interessen vertretende Verbandspolitik**, in der Mitgliederrekutierung, Verbandsbindung und Übergänge in den Erwachsenenverband (Sport, Kirchen, Gewerkschaften, Feuerwehr u. a.) im Mittelpunkt stehen. Hier geht es – ganz konservativ und in einem konkurrierenden Feld – um die unmittelbar eigenen (legitimen) Interessen, den Erhalt von Strukturen und Zuständigkeiten.
- Jugendpolitik als Aufgabe und Herausforderung mit der Expertise aus der Jugendarbeit **Politikberatung** vorzunehmen und (förderungs-politische) Entwicklungen zu beeinflussen. Dieses Verständnis bedeutet einen eigenen Aktionsplan zu haben, Vorhaben und Forderungen überzeugend (z. B. vor dem Hintergrund eigener Bedarfserhebungen, durch Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen) vermitteln zu können sowie Kenntnisse über politische Prozesse; dazu gehört auch die Schärfung des eigenen Blickes durch Perspektivenwechsel – d. h. sich in die Seite der Politik versetzen zu können.
- Jugendpolitik als **Entwicklungsaufgabe** und **Dauerprozess** bedeutet dreierlei: **Erstens** die verbandsinterne Qualifizierung vor allem mit Blick auf strategische Kompetenz, ein Bewusstsein für jugendpolitische Gestaltungsmöglichkeiten; **zweitens** die Suche von Bündnispartnern und Netzwerkarbeit. Hier geht es um Kontakt- und Vertrauensarbeit, eine Atmosphäre der Wertschätzung und Anerkennung unter Partnern – wohl wissend, wie begrenzt die eigenen Möglichkeiten sind. Dabei geht es um strategische Orientierungen, wie z. B. am Erhalt und der Erweiterung von eigenständigen

Jugendwelten (Orten und Zeiten) und bei der Entwicklung von kooperationsorientierten kommunalen bzw. sozialräumlich begründeten Bildungslandschaften mitzuarbeiten. **Drittens** geht es um – möglichst institutionalisierte – Partnerschaften von Wissenschaft und Praxis, um eine Forschungs- und Kooperationskultur, die das Potenzial (wie Studien, Konzeptionsentwicklung, Fachtagungen, Weiterbildung, Wissenstransfer, Modellversuche) ausschöpft, das in solchen Wissenschafts-Praxiszusammenhängen (kooperativer Praxisforschung) liegt; solche Überlegungen gelten vor allem für die professionelle Praxis (vgl. Hüttemann u. a. 2016).

Die skizzierten jugendpolitischen Selbstverständnisse und Akzente sind nicht konkurrierend und stehen sich nicht als Alternativen gegenüber, aber es gilt schon zu vergewissern und zu entscheiden, welche Akzente und Misschungen favorisiert werden und welche Akteursrolle man damit im jugendpolitischen Feld spielt bzw. spielen will.

4. Jugendpolitische Kompetenz

Die Frage, was Jugendverbände und -ringe befähigt Jugendpolitik zu machen, kann mit den Erfahrungskontexten der Jugendarbeit und mit dem Wissen über die junge Generation beantwortet werden. Es sind deren lebensweltlichen (nicht schulischen und ausbildungsbezogenen) Zugänge zu Jugendlichen, ihre Wahrnehmungen und Kenntnisse »über« Jugendliche, die es zu vergewissern, öffentlich zu kommunizieren und der Politik mitzuteilen gilt. Jugendverbände und -ringe müssen hier deutlich machen, dass sie mit diesem »Merkmal« über originäre Erfahrungen in der Jugendarbeit – mit all ihren Aktivitäten, Angeboten und Einrichtungen, ihrem Verständnis von Bildung in informellen und non-formalen Kontexten (vgl. den Zwölften Kinder- und Jugendbericht aus dem Jahr 2006)

– verfügen und substantielles Wissen »über« Jugendliche haben bzw. in der Lage, diese zur Sprache kommen zu lassen. Und ein weiteres Kompetenzmerkmal ist von Bedeutung, das sich auf das »Reden über die junge Generation« bezieht. Bei allen Problementwicklungen und Krisenmarkierungen innerhalb der jungen Generation, die es öffentlich zu machen gilt, sind Jugendverbände/-ringe vor allem auch ein Akteur, der positive Entwicklungen – Engagement, Freiwilligkeit, Verantwortung, Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz, Zusammenhalt u. a. – öffentlich einbringen und damit ein positives Jugendbild markieren kann. Sie können somit einen wichtigen Beitrag zur Differenzierung leisten, wie in der Gesellschaft »über Jugend« geredet wird und welche Zukunftsvorstellungen es über die Gesellschaft in einer konflikthafter und krisengeschüttelten Welt gibt.

Damit zeigen Jugendverbände/-ringe dass sie Kompetenz haben, angemessene jugendpolitische Ziele und »Instrumente« zu entwickeln, zu begründen, welche sie in ihrem Zuständigkeitsbereich und mit ihren (erweiterten) Ressourcen dann auch umsetzen können. Das bedeutet im Selbstverständnis, dass Jugendverbände und -ringe keine jugendpolitischen (nörgelnden oder rituell fordernden) Bittsteller sind, sondern – mit Blick in die Sozialisation und Bildung, die Entwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft – wirklich was Bedeutsames anzubieten haben.

5. Regel- oder Projektförderung

Immer wieder ging es in der Geschichte – und das gilt gerade auch für aktuelle Entwicklungen – der staatlichen Jugendpolitik um das Spannungsfeld von breiter Regelförderung und Absicherung von Jugendverbänden (als Regelträgern) auf der einen Seite; dann um befristete Projektförderungen, die Innovationen dienen bzw. anstoßen sollen und/oder sich auf spezifische Problemgruppen, Mentalitäten und Verhaltensweisen unter Jugendlichen beziehen, auf der anderen Seite. In dieses Spannungsfeld sind Jugendverbände und -ringe einbezogen, hier müssen sie sich mit einer klugen »Sowohl-als-auch«-Strategie verhalten, aber neben der Teilnahme an der Projektförderung zugleich ihre zentrale Kompetenz und ihren basalen Auftrag, ihr originäres, unverwechselbares »Credo« offensiv vertreten: Möglichst viele Jugendliche über einen längeren Zeitraum zu erreichen, ihnen Erfahrungen von »sinnvoller Freizeit«, Demokratie und Solidarität, Emanzipation und Wirksamkeit zu ermöglichen. Gerade die langjährige Einbindung in die Jugendarbeit ermöglicht – garantieren kann sie das nicht – Sozialisationserfahrungen, die mit Anerkennung, Einbindung und Partizipation verbunden und damit mental prägend sein können. Hier

lohnt der Streit mit der Politik auf einer – Planungssicherheit gebenden – Regelförderung zu bestehen, die zugleich vielfältige Aktivitäten ermöglicht und offen ist für neue Formate der Jugendarbeit.

6. Gremien vs. Mobilisierung

Jugendpolitik ist immer die notwendige innerverbandliche und organisierte Gremienpolitik; das betrifft und bezieht sich vor allem auf die internen Strukturen der Jugendringe und die Kinder- und Jugendhilfeausschüsse, Gespräche mit Politik und Verwaltung, Mitarbeit in Arbeitszusammenhängen und Vernetzungsstrukturen u. a. zur Prävention, in Netzwerken gegen rechts, zur Flüchtlingsarbeit. Diese Form von stellvertretender und advokatorischer Politik gehört zum jugendpolitischen Profil der gewählten und hauptamtlichen Akteure in Jugendverbänden und -ringen – und sie entspricht dem parlamentarischen und gremienbezogenen Politikbetrieb. Jugendpolitik kann aber auch in mobilisierender Absicht – der Motivierung und Einbindung von Jugendlichen (»von unten«) – akzentuiert werden; hier wird versucht, Jugendliche selbst zur Sprache kommen zu lassen bzw. sie dazu zu befähigen. Dieser Ansatz von Mobilisierung und Befähigung hat eine lange Tradition im Community Organizing, von Selbstorganisation und im Empowerment – im Sinne von »Engagement von unten aufzubauen«, seine »Interessen selber zu vertreten«. Welche Strategievarianten man auch favorisiert, immer gehört es zur Reflexion von jugendpolitischen Interessen, das Spannungsfeld zu vergegenwärtigen – ob das meine oder die Interessen von Jugendlichen sind.

7. Professionalität

Jugendverbände und -ringe sind im Feld der Jugendpolitik mit ehren- und hauptamtlichen Akteuren vertreten, beide Strukturelemente (Ehren- und Hauptamtlichkeit) und Kompetenzen haben eine lange Tradition und ergänzen sich. Auf Bezirks-, Diözesan-, Landeskirchenebene, auf Landes- und Bundesebene bedarf es – will man ernsthafter Partner sein – einer professionalisierten Jugendpolitik, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat. Neben Professionalität in der Jugendarbeit (Jugendbildungsreferenten/-innen) bedarf es auch jugendpolitischer Professionalität, die mit spezifischen Kompetenzen (agieren im Feld, Öffentlichkeitsarbeit, Plausibilisieren von Forderungen u. a.) verbunden ist. Dabei ist ihre Kompetenz an die Erfahrungen in der Jugendarbeit, deren Ziele und Aufgaben gebunden; zugleich ist sie fachlich/wissenschaftlich fundiert. Beide Aspekte geben Legitimation, schaffen Selbstbewusstsein und sind Motivationen für jugendpolitisches Engagement. Hier können

Jugendverbände/-ringe mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen – mit ihrer Professionalität und ihren anerkannten Personen – in Vernetzungsstrukturen eine organisierende, federführende, moderierende und »kümmernde« Funktion übernehmen.

8. Akteursfeld

Jugendverbände/-ringe sind ein – mehr oder weniger bedeutsamer – Akteur im Feld der Jugendpolitik, zu dem neben der Politik und Verwaltung, andere Träger und Felder der Jugendhilfe (z. B. die Offene Jugendarbeit) gehören; weiter wird die Jugendpolitik durch den wissenschaftlich gestützten und öffentlichen Jugendediskurs beeinflusst. Die Akteure haben unterschiedliche Interessen und folgen unterschiedlichen Logiken mit Blick auf die junge Generation und jugendpolitischen »Instrumente«. Hier gehört es zum »Geschäft« der Jugendverbände und -ringe ihre Erfahrungen, Stärken und Kompetenzen aus der Jugendverbandsarbeit in einer dialogorientierten Partnerschaft einzubringen, Schnittmengen und Gemeinsamkeiten sowie »kluge« Kompromisse zu finden (vgl. zur kommunalen Jugendhilfeplanung: Liebig 2016). Diese Vergegenwärtigung ist bedeutsam, um Überforderungen, Fehleinschätzungen und Resignation zu vermeiden wie auch (strukturelle) Grenzen – was geht und was (noch) nicht geht – zu erkennen.

Zukunft der Jugendpolitik

Für die Zukunft verbandlicher Jugendpolitik gilt es vier Balancen in einer »Sowohl-als-auch«-Strategie zu beachten:

erstens eine kluge Balance der Vertretung eigener (verbandlicher) Interessen und darauf zu bestehen, die Interessen von »allen« Jugendlichen zu vertreten;

zweitens eine kluge Balance von (traditioneller) gremienbezogener und mobilisierender Jugendpolitik;

drittens die Entwicklung neuer lokaler, projektbezogener Formen von Jugendpolitik, die als »best-practice« kommuniziert und in die Jugendverbands-/ringsstrukturen implementiert werden können;

viertens sich nicht für eine »Alibipolitik« instrumentalisieren zu lassen, sondern mit selbstbewusster Haltung die eigenen Möglichkeitsräume und Kompetenz zu nutzen und einzubringen. Dabei kommt es vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und demografischer Entwicklungen vor allem auch darauf an – ja es ist geradezu konstitutiv als bedeutsamer Akteur – die originären Kompetenzen und Erfahrungen aus der Jugendarbeit einzubringen und in der Generationenfolge möglichst (immer wieder neu) viele Jugendliche zu gewinnen, zu binden und zu organisieren. Jugendpolitik ist bzw. kann auf allen Ebenen – von der Leitung einer Jugendgruppe,

über ehrenamtliches Engagement in einem kommunalen Kinder- und Jugendhilfeausschuss bis hin zur professionellen Vertretungspolitik auf Landesebene – ein prägendes politisch-sozialisatorisches (moralisches) Lernfeld und eine »Schule der Demokratie« (sein).

Akzentsetzungen und Profilbildung von Jugendpolitik sind immer an Gelingensbedingungen und fördernde Voraussetzungen gebunden, mit Fragen der Belastung und Behinderungen für eine »gute« Jugendpolitik konfrontiert. Hier bedarf es ausgewiesener Vorstellungen über jugendpolitische Ziele und Vorhaben, die Ausstattung mit den notwendigen materiellen Ressourcen und fachlichen Kompetenzen – erst dann kann man von einer Jugendpolitik reden, die einerseits neu und eigenständig ist bzw. sich auf den Weg dahin macht; die zugleich aber immer abhängig und vernetzt ist, von vielen Akteuren und Interessen beeinflusst wird.

Dass man sich mit einer »Eigenständigen Jugendpolitik« auseinandersetzt und diese zu begründen und konturieren versucht, hilft zu klären, ob es und wie es diese geben kann. Auch wenn dies als ein offener Prozess verstanden wird, sollten keine falschen Versprechungen – als gäbe es eine »Eigenständige Jugendpolitik« – angekündigt werden. Es geht immer um die Inhalte und Themen, Kontexte und Relationierungen, Spielräume und Entwicklungen, die es dann mit ihren Möglichkeiten, Chancen und Grenzen auszuloten und füllen gilt. Bei der Diagnose der derzeitigen Jugendpolitik mit dem Label »eigenständig« kann man bilanzieren, dass es weniger um jugendpolitische Inhalte und Themen als um Verfahrensweisen und Methoden (z. B. Partizipation, Jugend-Check) geht.

Literatur

- Fischer, J. / Lutz, R. (Hrsg.), Jugend im Blick. Gesellschaftliche Konstruktionen und pädagogische Zugänge, Weinheim und München 2015
- Gronemeyer, A. / Hoffmann D. (Hrsg.), Jugend als soziales Problem – soziale Probleme der Jugend, Weinheim und München 2014
- Hornstein, W., Jugendforschung und Jugendpolitik. Entwicklungen und Strukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Weinheim und München 1999
- Hüttemann, M. / Rotzetter, F. / Amez-Droz, P. / Gredig, D. / Sommerfeld, P., Kooperationen zwischen Akteuren aus Wissenschaft und Praxis, in: neue Praxis, Heft 3/2016, S. 205–221
- Liebig, R., Die Berücksichtigung von Interessen und Lebenslagen junger Menschen in der kommunalen Jugendhilfeplanung, Dortmund 2016
- Lindner, W. (Hrsg.), Political (Re)Turn. Impulse für ein neues Verhältnis von Jugendarbeit und Politik, Wiesbaden 2012
- Luedtke, J. / Wiezorek, Chr. (Hrsg.), Jugendpolitiken. Wie geht Gesellschaft mit ihrer Jugend um? Weinheim und München 2015
- Neu, R. / Steinberg, V. / Lindner, W., Learning to fly: Jugendarbeit macht Jugendpolitik, in: deutsche jugend, Heft 7–8/2016, S. 314 – 324

Kommt der Jugend-Check? Ein Überblick zum Sachstand.

Das Prüfinstrument für Gesetze: Ein großer Wurf? Oder eine Luftnummer?

Von Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Das größte jugendpolitische Vorhaben der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode kreist seit Monaten in der Warteschleife. Dabei ist der Jugend-Check im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD als Zielvorgabe der sogenannten »Eigenständigen Jugendpolitik« verbrieft: »Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen Jugend-Check entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.« Das war 2013. Seither gab es einige Workshops, viele Expertisen und schließlich einen Katalog konkreter Prüfkriterien für den Jugend-Check, welchen der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) vorgelegt hat. Die Vorleistungen sind also längst erbracht, doch gleichwohl gibt es noch keinen konkreten Gesetzentwurf. Verkommt der große Wurf zur Luftnummer? Und: Kann Hamburg dennoch daraus lernen?

Worum geht's? Ist bisherige Jugendpolitik an den Lebenslagen junger Menschen ausgerichtet? Zudem: Laufen andere bundespolitische Maßnahmen – von der Finanz- über die Wirtschafts- bis hin zur Sozialpolitik – den Interessen Jugendlicher zuwider, zumal wenn sie nicht »nachhaltig« ausgerichtet sind, also eine lebenswerte Welt vom morgen mit in den Blick nehmen? Zu dieser Überzeugung schienen 2013 CDU, CSU und SPD gelangt zu sein, als sie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene die »Eigenständige Jugendpolitik« proklamierten: »Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirklichen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen, ressortübergreifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat.« Seither soll das Motto »Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft« die Jugendstrategie der Bundesregierung leiten und junge Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren in den Fokus nehmen. Damit dies gelingen kann, soll der »Eigenständigen Jugendpolitik« u. a. mit dem Jugend-Check ein ressortübergreifender Politikansatz zur Seite gestellt werden. Die Grundidee ist einfach: Jede Maßnahme der Bundesregierung, mithin jedes Gesetzesvorhaben soll, bevor es im Bundestag eingebracht wird, bereits dahingehend geprüft werden, ob

seine Auswirkungen mit den Interessen junger Menschen vereinbar sind. Dazu wäre dann ein Katalog an Prüfkriterien abzuarbeiten. Aus Sicht des DBJR, der sich maßgeblich für den Jugend-Check stark macht, lauten die grundlegenden Qualitätsmerkmale für seine politische Wirksamkeit: »1. Der Jugend-Check ist verbindlich gesetzlich verankert. 2. Der Jugend-Check wird ressortübergreifend angewandt. 3. Die Anwendung des Jugend-Checks wird durch ein unabhängiges Prüfungsgremium begleitet.« Neben der konkreten Prüfung einzelner Gesetzesvorhaben soll der Jugend-Check zudem Politik und Verwaltung für jugendgerechtes Handeln sensibilisieren.

Was bisher geschah. Im November 2009 hatten sich bereits die Jugendminister der EU-Mitgliedsstaaten auf einen »erneuten Rahmen für jugendpolitische Zusammenarbeit« für den Zeitraum 2010 bis 2018 verständigt. Die sogenannte EU-Jugendstrategie will »mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt ... schaffen sowie das gesellschaftliche Engagement, die soziale Eingliederung und die Solidarität aller jungen Menschen ... fördern«. Um diese Ziele zu erreichen, sollen die EU-Staaten die Ausgestaltung bzw. Neuausrichtung der nationalen Jugendpolitik entsprechend angehen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stellte daraufhin die Weichen für die Konzeptentwicklung einer »Eigenständigen Jugendpolitik«, koordinierte die nationale Zusammenarbeit über eine eigens eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe und schuf einen Nationalen Beirat, der das Bundesjugendministerium berät. Damit nicht genug. Eine Nationale Arbeitsgruppe zum »Strukturierten Dialog« sucht seither ebendiesen mit der Jugend. Zudem wurde die Koordinierungsstelle »Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft« mit Sitz in Berlin installiert, die u. a. Länder und Kommunen auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit vor Ort begleiten und unterstützen soll. Im diesem Prozess zur »Jugendgerechten Kommune« sind aktuell 16 Referenzkommunen aus allen Bundesländern am Start; in Hamburg beteiligt sich Barmbek-Nord. Und schließlich nicht zu vergessen im Reigen der Maßnahmen: Zur Konzeptentwicklung des Jugend-Checks fanden seit 2014 zehn Workshops statt, die der DBJR auf Bitte des BMFSFJ zusammen mit Experten aus Wissenschaft und Jugendpolitik ausrichtete. Begleitet wird dieser Prozess zudem seit

Anfang 2016 vom Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation (InGFA), das Vorschläge zur rechtlichen und organisatorischen Verankerung des Jugend-Checks im politischen Entscheidungsprozess entwickelte und die Erprobung des Prüfinstruments anhand ausgewählter Gesetzesvorhaben wissenschaftlich begleiten soll. Die abschließenden Ergebnisse werden für 2017 erwartet.

Das Prüfinstrument. Mit der Einführung des Jugend-Checks will die Bundesregierung das Ziel verfolgen, »im Sinne guter Gesetzgebung die Interessen von über 13 Mio. jungen Menschen verstärkt zu berücksichtigen« (so heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag vom September 2016). Ein großes Ziel. Und wie soll das gelingen? Dazu ein Blick auf den Stand der Konzeptentwicklung, wie er im Juni 2016 vom DBJR und InGFA auf einem Berliner Workshop dargelegt wurde. Die Grundstruktur des Jugend-Checks sieht zunächst zwei Stufen vor: Im **ersten Schritt** soll jede bundespolitische Maßnahme vor ihrer Einbringung in den Bundestag bereits im Stadium des Entwurfs einem »Relevanz-Screening« unterzogen werden. Herauszufiltern wären dabei jene Vorhaben, welche Auswirkungen auf junge Menschen haben oder deren Interessen berühren. Diese wären dann in einem **zweiten Schritt** einer umfassenden Hauptprüfung zu unterziehen, wobei verschiedene »Wirkdimensionen« (z.B. Schutz vor Gewalt, materielle Situation, Mobilität, Freizeitgestaltung, kulturelle Entfaltung oder Freiheit zur Selbstbestimmung) in Hinblick auf Jugendgerechtigkeit abzuklopfen wären. Mit dieser Prüfung soll ein neu zu installierendes, unabhängiges Sachverständigengremium betraut werden. Wann und wie eingebunden dieses Gremium seine Expertise abgeben soll, ist noch offen. Denn zwei Modelle zur Implementierung des Jugend-Checks in das Gesetzgebungsverfahren erscheinen machbar: Entweder wird das Sachverständigengremium zur Hauptprüfung eines Vorhabens innerhalb des jeweils federführenden Ministeriums tätig (also z.B. bei Verkehrsfragen im Verkehrsministerium), erarbeitet dort eine Stellungnahme und speist sie vor Ort in den Beratungsprozess ein; oder es werden alle Gesetzes- und sonstige Vorhaben, die beim Relevanz-Screening auffällig sind, an das BMFSFJ übermittelt, wo dann das Expertengremium seine Arbeit macht. Beide Versionen haben jeweils Vor- und Nachteile in Hinblick auf Aufwand, Ressortsensibilisierung für Jugendgerechtigkeit und Qualitätssicherung

Fortsetzung auf Seite 13

Eine School-Life-Balance? Worum geht's?

Zum Beschluss der LJR-Vollversammlung vom 12. September 2016

Eine ausgeglichene Work-Life-Balance ist den meisten Beschäftigten wichtig. Die Arbeit soll das Leben jenseits des Berufs nicht erdrücken. Sollte das für Schüler/innen im übertragenen Sinn nicht ebenso gelten? Ist deren School-Life-Balance neu zu justieren? G8, Nachmittagsunterricht und verbindliche Ganztagsangebote bis 16 Uhr führen zu einer Freizeitverknappung für Schüler/innen. Auch das ehrenamtliche Engagement junger Menschen leidet darunter.

Der Landesjugendring Hamburg hat sich dieser Problematik in einer ausführlichen Stellungnahme (s. nachfolgend) angenommen und fordert darin, mehr Freiräume für Selbstbestimmung und freiwilliges Engagement von Schüler/innen in den Schulalltag zu integrieren.

Wichtige Forderungen für eine gelingende School-Life-Balance lauten u. a.:

- Eine maximale Wochenstundenzeit von 32 Zeitstunden für alle Schülerinnen und Schüler an allen Hamburger Schulen, die alle Hausaufgaben-, Nachhilfe- und Lernzeiten beinhaltet.
- Einen für alle Hamburger Schulen und Schulformen verbindlichen freien Nachmittag (bei optionaler Betreuung von Schülerinnen und Schüler in Ganztagschulen).
- Die Möglichkeit, sich bis zu 12 Tage im Schuljahr für das freiwillige Engagement im Jugendverband vom Unterricht freustellen zu lassen.
- Die Anerkennung kontinuierlichen, freiwilligen Engagements in einem Hamburger Jugendverband als besondere Lernleistung.

Warum? Martin Helfrich (LJR-Vorsitzender) erläutert dazu: »Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich selbst auszuprobieren und gemeinsam ihre Interessen und Ideen jenseits der Schule zu verwirklichen. Jugendverbände sind Orte dafür. Das freiwillige Engagement junger Menschen ist die Basis für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Hamburger Jugendverbänden. Ohne die vielseitig und freiwillig Engagierten wäre ein Großteil der Angebote nicht durchführbar. Engagement muss daher behördenübergreifend gefördert und gestärkt werden!«

Die zivilgesellschaftliche Dimension beschreibt Laura Vanselow (LJR-Vorsitzende): »Jugendverbände sind wichtige Werkstätten zivilgesellschaftlichen Engagements. Junge Menschen gestalten dort gemeinsam und selbstorganisiert Angebote für sich und andere. Sie übernehmen Verantwortung, vertreten ihre Interessen und realisieren Projekte und Angebote. Jugendverbände legen darüber auch das Fundament für ein späteres, freiwilliges Engagement ihrer Mitglieder. Mehrere Studien haben ergeben, dass sich Menschen, die bereits in ihrer Jugend freiwillig engagiert waren, sich im Verlauf ihres Lebens häufig weiter zivilgesellschaftlich engagieren. Insofern müssen Jugendverbände auch als Grundstein zukünftigen, freiwilligen Engagements in der Zivilgesellschaft verstanden werden. Jugendverbände sind Orte non-formalen Lernens, an denen sich Kinder und Jugendliche Wissen, Werte, Selbst- und Sozialkompetenz aneignen und Partizipation und Demokratieprozesse kennen- und erlernen. Das alles sind elementare Fähigkeiten, die Schule kaum vermitteln kann. Daher ist es so wichtig, dass die wichtigste Ressource der Jugendverbände – die freie Zeit ihrer Aktiven – für ein freiwilliges Engagement erhalten und ausgebaut wird.«



Freiwilliges Engagement von Schülerinnen und Schülern in Hamburg stärker fördern!

Junge Menschen haben ein Recht auf Freizeit und eine gute School-Life-Balance!

Jugendverbände sind wichtige Werkstätten zivilgesellschaftlichen Engagements. Junge Menschen gestalten dort gemeinsam und selbstorganisiert Zeit und Angebote für sich und andere. Sie übernehmen Verantwortung, vertreten ihre Interessen und setzen Projekte und Angebote um. Jugendverbände legen auch das Fundament für späteres, freiwilliges Engagement¹. Mehrere Studien haben ergeben, dass sich Menschen, die bereits in ihrer Jugend freiwillig engagiert waren, sich im Verlauf ihres Lebens häufig weiter für andere engagieren². Insofern müssen Jugendverbände auch als Grundstein zukünftigen, freiwilligen Engagements in und für die Zivilgesellschaft verstanden werden. Jugendverbände sind Orte non-formalen Lernens, an denen sich Kinder und Jugendliche Wissen, Werte, Selbst- und Sozialkompetenz aneignen und Partizipation und Demokratieprozesse kennen- und erlernen³.

Auch in den Hamburger Jugendverbänden sind viele junge Menschen ganzjährig freiwillig engagiert. Die freiwilligen Aktivitäten reichen von der Gestaltung regelmäßiger Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche, über die Aus- und Fortbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern, die Planung und Durchführung außerschulischer Bildungsangebote, von Ferienfreizeiten, Gruppenfahrten, Sportangeboten, interkultureller Jugendarbeit, Umweltschutz, Gedenkstättenarbeit bis hin zu nationalen und internationalen Begegnungen, sowie Schulkooperationen. Dabei unterscheiden sich die Jugendverbände nicht allein

durch ihre Angebotsformen, sondern auch in ihren inhaltlichen Schwerpunkten und ihrer Größe bzw. ihrem Wirkungskreis. Gerade diese Heterogenität und die damit einhergehende Vielfalt an Angeboten und Strukturen müssen als wesentlich und wertvoll für die lokalen und regionalen Bildungslandschaften begriffen werden. Kinder und Jugendliche können aus einer Vielzahl von wertorientierten und an ihre Lebenswelt anschließenden Angeboten auswählen und selbstbestimmt ihre freie Zeit gestalten und verbringen.

Das freiwillige Engagement junger Menschen ist die Basis für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Hamburger Jugendverbänden. Ohne die vielseitig, freiwillig Engagierten wäre ein Großteil der Angebote nicht durchführbar. Engagement muss daher behördenübergreifend gefördert und gestärkt werden!

Jüngere Studien belegen außerdem, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene engagieren wollen bzw. noch umfangreicher engagieren wollen⁴. So stieg der Anteil der freiwillig Engagierten in der Altersgruppe der 14 bis 29-Jährigen zwischen 2009 und 2014 von 39,2% um 8,7% auf 47,9%⁵. Dauerhaft, also regelmäßig in der Woche und/oder im Monat engagieren sich gleichzeitig nur 26% der 14- bis 29-Jährigen⁶. Es sind häufig Struktur- und Rahmenbedingungen, die ein kontinuierliches Engagement junger Menschen verhindern. Um die maßgeblichen Faktoren zu benennen: die Einführung des achtjährigen Gymnasiums, die Ganztagschule und die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master⁷. Dies führt zu einer Zeitverknappung und einer an Leistung und Schnelligkeit

¹ Wir nutzen die Begriffe »Freiwilliges Engagement« wie sie in der Hamburger Ehrenamtsstrategie diskutiert und hergeleitet werden. Wir fassen darunter jede, freiwillige Form bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements zusammen. Vgl. dazu: Freie und Hansestadt Hamburg; Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (Hrsg.): Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement 2020 (Ehrenamtsstrategie 2020), Hamburg 2014, S.1f.

² Vgl. unter anderem dazu: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Motive bürgerschaftlichen Engagements. Kernergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung durch das Institut für Demoskopie Allensbach im August 2013, Berlin 2014, S. 4 und: Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.): Vita gesellschaftlichen Engagements. Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter, Berlin 2007. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der letztgenannten Studie erschien auch in der punktum Ausgabe 1/08, S. 8-12.

³ Vgl. die ausführliche Studie von Düx, W.; Prein, G.; Sass, E.; Tully, C. J.: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter, Wiesbaden 2008.

⁴ Vgl. Lange, M.; Wehmeyer, K.: Jugendarbeit im Takt einer beschleunigten Gesellschaft. Veränderte Bedingungen des Heranwachsenden als Herausforderung, Weinheim und München 2014, S. 122 und Simonson, J.; Tesch-Römer, C.; Vogel, C. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Berlin 2016, S. 17.

⁵ Vgl. Simonson, J.; Tesch-Römer, C.; Vogel, C. (Hrsg.): Der deutsche Freiwilligensurvey 2014, S. 93.

⁶ Vgl. ebd., S.102.

⁷ Auch die Shell-Studie 2015 benennt als Gründe für rückläufiges Engagement unter Schülerinnen und Schülern die Zeitverknappung aufgrund der verkürzten Schulzeit. Vgl. Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt am Main 2015, S.196.

orientierten Lebensplanung. Für kontinuierliches freiwilliges Engagement fehlt oft die Zeit. Dabei geben fünf von zehn ehrenamtlich Engagierten unter 23 Jahren an, sich zeitlich gerne mehr in ihrem Verband einbringen zu wollen⁸.

In Hamburg haben die Umstellung auf G8 und die Einführung der Ganztagschule großen sowohl zeitlichen als auch inhaltlichen (gestalterischen) Einfluss auf die Lebenswirklichkeit und biographische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Nachmittagsunterricht und verbindliche Ganztagsangebote bis 16 Uhr führen zu einer Freizeitverknappung, die sich auch auf das ehrenamtliche Engagement und die Teilnahmemöglichkeit an Angeboten der Jugendverbände auswirkt. Regelmäßige Gruppenangebote können erst nach 16 Uhr beginnen und führen zu Angebotsdoppelungen am späten Nachmittag, an den Wochenenden und zu räumlichen Defiziten. Die Vorbereitung und Durchführung von wöchentlichen Angeboten sind neben Nachmittagsunterricht, Hausaufgaben, Nachhilfe und Lernen schwer zu realisieren. Wochenendfahrten, ein wesentlicher Bestandteil jugendverbandlicher Gruppenerlebnisse, können erst am Freitagabend beginnen, da die Heterogenität der selbstverwalteten Schulen in der Umsetzung der Stundentafel zu ganz unterschiedlichen Unterrichtsenden an Hamburger Schulen führt. Zusätzlich verknappen Hausaufgaben, Nachhilfeunterricht und die Vorbereitung auf Klausuren/Klassenarbeiten die Freizeit der Schülerinnen und Schüler über die Unterrichts- und Betreuungszeiten hinaus.

Der Landesjugendring Hamburg fordert daher zur Stärkung und Förderung des freiwilligen Engagements von Schülerinnen und Schülern, sowie zur Erhöhung des Umfangs selbstbestimmter und selbstgestaltbarer (Frei)Zeit aller Schülerinnen und Schüler:

1. Die Anerkennung der Jugendverbände als außerschulische Bildungsorte. Als solche sind sie bei der Gestaltung der lokalen und regionalen Bildungslandschaften als gleichberechtigte Partner einzubeziehen. Dabei muss den Besonderheiten in der Verfasstheit der Jugendverbände Rechnung getragen werden und Mittel und Wege gefunden werden, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen und zu gestalten.
2. Die Vermittlung der Wichtigkeit freiwilligen Engagements und der Bedeutung für die Zivilgesellschaft, – den

Zusammenhalt und die Solidarität einer Gesellschaft. Freiwilliges Engagement ist sinnhaft, wertvoll und demokratiefördernd. Als solches muss es an den Schulen im Unterricht vorgestellt, beworben und gefördert werden.

3. Die Wahlmöglichkeit für alle Hamburger Gymnasien an ihrer Schule das Abitur nach acht oder neun Jahre anzubieten. Über die Umsetzung nach dem G8- oder dem G9-Modell entscheidet an jedem Gymnasium die Schulkonferenz.
4. Einen für alle Hamburger Schulen und Schulformen verbindlichen freien Nachmittag. Das heißt, an einem von jeder Schule in der Schulkonferenz festgelegten Tag in der Woche endet der Unterricht um 13 Uhr. Ein Hamburg weit gemeinsamer verbindlicher Tag wäre begrüßenswert. Außerdem endet der Unterricht nach Stundentafel am Freitag an allen Hamburger Schulen spätestens um 14 Uhr. Selbstverständlich ist die freiwillige Betreuung für alle Kinder bis 14 Jahre im Ganztage bis 16 Uhr zu gewährleisten. Im § 13 des Hamburgischen Schulgesetzes ist im Absatz (2) einzufügen (fett gedruckter Text):
In der Ganztagschule ist die Teilnahme am Unterricht nach Stundentafel stets verpflichtend. Den Umfang der Teilnahmepflicht an den ergänzenden Angeboten legt die Schule fest, die Schule kann auch festlegen, dass Sorgeberechtigte die Teilnahme wählen können. **Jede Schule, gleich welcher Schul- und Ganztagsform, stellt dabei sicher, dass an einem Wochentag, der Fachunterricht um spätestens 13 Uhr endet und für den Nachmittag des selben Tages keine Teilnahmepflicht an weiteren außerunterrichtlichen Angeboten besteht. Freitags endet der Fachunterricht an allen Hamburger Schulen um spätestens 14 Uhr, die Teilnahme an ergänzenden Angeboten am Nachmittag ist freiwillig.**
5. Eine maximale Wochenstundenzeit von 32 Zeitstunden für alle Schülerinnen und Schüler an allen Hamburger Schulen, die alle Hausaufgaben-, Nachhilfe- und Lernzeiten beinhaltet.
6. Die Möglichkeit, sich bis zu 12 Tage im Schuljahr⁹ für

⁸ Vgl. Lange, M.; Wehmeyer, K.: Jugendarbeit im Takt einer beschleunigten Gesellschaft, S. 122.

⁹ Analog zum Sonderurlaubsgesetz für Jugendgruppenleiter vom 28.6.1955 (veröffentlicht im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I Nr. 33 von 1. Juli 1955, Seite 241).

das freiwillige Engagement im Jugendverband vom Unterricht freistellen zu lassen.

Im § 28 des Hamburgischen Schulgesetzes ist im Absatz (3) einzufügen (fett gedruckter Text):

Auf Antrag kann die Schule Schülerinnen und Schüler aus wichtigem Grund vom Unterricht bis zur Dauer von sechs Wochen beurlauben oder von der Teilnahme an einzelnen Unterrichtsveranstaltungen befreien, ohne dass das Schulverhältnis unterbrochen wird.

Im Rahmen eines freiwilligen Engagements sind folgende Gründe anzuerkennen und die Freistellung vom Unterricht im Umfang von maximal 12 Schultagen pro Schuljahr zu gewähren:

1. Die aktive Teilnahme an regionalen, überregionalen und internationalen Lehrgängen, Fortbildungen, sportlichen Wettkämpfen, Veranstaltungen von anerkannten Jugendverbänden und sozialen Diensten, sowie Musikvereinen.

2. Das freiwillige Engagement bei regionalen, überregionalen und internationalen Veranstaltungen und Fahrten von anerkannten Jugendverbänden, Sport-, Musikvereinen und sozialen Diensten.

3. Die Leitung oder aktive Unterstützung von Aus- und Fortbildungen von Jugendleiterinnen und Jugendleitern.

Die zuständige Behörde kann Vorschriften für weitere Beurlaubungen erlassen. Dies gilt insbesondere für Auslandsaufenthalte, für den Fall der Betreuung eines eigenen Kindes und für Schulpflichtige, die überbetriebliche Ausbildungsstätten besuchen.

7. Die Anerkennung kontinuierlichen, freiwilligen Engagements in einem Hamburger Jugendverband als besondere Lernleistung.

In der Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (APO-AH) ist im §8, Absatz (1) wie folgt zu ergänzen (fett gedruckter Text):

Eine besondere Lernleistung kann insbesondere ein umfassender Beitrag zu einem von einem Bundesland geförderten Wettbewerb sein, eine Jahresarbeit oder das Ergebnis eines umfassenden, auch fächerübergreifenden Projektes oder eines Praktikums oder **freiwilligen Engagements** in einem Bereich, der sich einem Fach aus dem Pflicht- oder Wahlpflichtbereich zuordnen lässt.

Ebensolches ist im §9, Absatz (1) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für berufsbildende Schulen (APO-AT) einzufügen (fett gedruckter Text):

(1) Die Schülerinnen und Schüler können im letzten Schuljahr eine besondere Lernleistung erbringen. Als besondere Lernleistung gilt eine Arbeit, in der die Schülerin oder der Schüler eine Aufgabenstellung mit fachlichem Bezug zu einem Unterrichtsfach selbstständig konzipiert, bearbeitet, reflektiert und dokumentiert. **Die besondere Lernleistung kann auch das mindestens einjährige, freiwillige und regelmäßige oder mehrwöchige Engagement in einem Jugendverband zum Gegenstand haben.** Die besondere Lernleistung ist schriftlich zu dokumentieren und in einem Kolloquium zu erörtern.

8. Eine pädagogisch tätige Person als feste/n Ansprechpartner/in an jeder Hamburger Schule für freiwillig engagierte Schülerinnen und Schüler, als Vermittler/in zwischen schulischen und jugendverbandlichen Interessen im Konfliktfall (z.B. bei Freistellungsanträgen). Darüber hinaus ist diese Person über die lokalen Möglichkeiten für ein freiwilliges Engagement informiert und ist Ansprechpartner/in für die Jugendverbände im Stadtteil.
9. Stärkere Berücksichtigung und Bewerbung der Hamburger Jugendverbände als Einsatzorte für das zweiwöchige Sozialpraktikum am Ende der 10. Klasse.
10. Zwei Hausaufgabenjoker im Monat für alle wöchentlich engagierten Jugendleiterinnen und Jugendleiter. Für das vom Jugendverband bestätigte, kontinuierliche, freiwillige Engagement als Jugendleiterin und Jugendleiter erhalten diese im Monat zwei Hausaufgabenjoker, die sie von den Hausaufgaben in einem Fach ihrer Wahl entbinden.
11. Überprüfung und Evaluation der Dienstanweisung zur Verteilung von schriftlichen Lernerfolgskontrollen in der Sekundarstufe I des achtstufigen Gymnasiums vom 25.06.2014.
12. Überprüfung und Evaluation der Richtlinie für die Erteilung von Hausaufgaben in der Sekundarstufe I des achtstufigen Gymnasiums vom 25.06.2014.

Einstimmig beschlossen auf der LJR-Vollversammlung vom 12. September 2016.

– und müssen rechtlich verbindlich verankert werden. Der DBJR plädiert für die erste Variante: Wenn das Sachverständigengremium bei Vorhaben innerhalb des jeweils federführenden Ministeriums eingebunden wird, steigt seine Chance auf eine fachliche und unmittelbare Einflussnahme, als wenn seine Expertise erst nachgelagert beim BMFSFJ erstellt und dann erst an das federführende Ministerium übermittelt wird.

So oder so – am Ende der ministeriellen Phase der Gesetzesvorbereitung steht in beiden Fällen: Alle bundespolitischen Gesetzesentwürfe, die im Relevanz-Screening auffielen und ohne Korrektur im Hinblick auf Jugendgerechtigkeit verbleiben, werden mit einer kritischen Stellungnahme des unabhängigen Sachverständigengremiums (als Anhang) an den Bundestag zur weiteren Beratung weitergereicht.

Ein Check – mit welcher Wirkung? Der Jugend-Check entfaltet im Gesetzgebungsverfahren also keine direkte Sanktionsmacht (anders wäre es verfassungsrechtlich auch gar nicht möglich). Stößt ein Vorhaben der Bundesregierung auf Widerspruch des unabhängigen Sachverständigengremiums, da es in seiner Wirkung der Idee einer jugendgerechten Gesellschaft entgegensteht, kann das federführende Ministerium darauf eingehen, muss es aber nicht. In letzteren Fall obliegt es dann dem Bundestag, die Ergebnisse des Jugend-Checks und den kritischen Einwurf des Sachverständigengremiums bei seinen Beratungen des jeweiligen Vorhabens einzubeziehen. Kurzum, der Jugend-Check ist kein Veto-Instrument, kein »jugendgerechtes« Vorhaben der Bundesregierung wäre damit vorab zu Fall zu bringen. Es indiziert allein deren Missstände mit Blick auf junge Menschen und bietet so die Möglichkeit, nicht-intendierte Wirkungen zu korrigieren. So ergibt sich eine Signalwirkung des Jugend-Checks auf Bundestagsabgeordnete: Wenn Gesetze verabschiedet werden, die sich negativ auf junge Menschen auswirken, dann ist es wenigstens transparent, und die Entscheidung wird in diesem Bewusstsein getroffen.

Was fehlt? Liest man bei jenen Sozialwissenschaftlern nach, die seit Jahren die Kinder- und Jugendarmut analysieren und den Skandal fehlender Gegenmaßnahmen in der Politik beklagen (s. auch punktum 3-2014 oder älter in 2-2005), klärt sich schnell, was elementar der »Eigenständigen Jugendpolitik« bisher fehlt: eine Orientierung an gesellschaftlichen Missständen und Problemen junger Menschen sowie eine daraus sich herleitende Programmatik, politische Fehlentwicklungen im Sinne junger Menschen zu verändern. Die

»Eigenständige Jugendpolitik« der Bundesregierung visiert zwar große Ziele wie eine jugendgerechte Gesellschaft an, formuliert schöne Allgemeinplätze (etwa »allen Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen faire Chancen« zu ermöglichen) und verspricht »gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten, die für junge Menschen attraktiv sind, so dass sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.« Doch hinter diesen schönen Leitlinien ist bislang wenig politisch Konkretes zutage getreten. Etwa Maßnahmen, die hoffen ließen, dass längst bekannte Probleme und Missstände angegangen werden.

Gegen diese Kritik kann eingewendet werden, dass der Politikansatz der »Eigenständigen Jugendpolitik« mit dem Jugend-Check auf einer anderen Ebene ansetzt. Er soll Missstände mangelnder Jugendgerechtigkeit bereits im Gesetzgebungsverfahren indizieren und so helfen, über Sensibilisierung der handelnden Akteure die Belange junger Menschen besser kenntlich zu machen. Er sei der Versuch, »junge Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren in den Mittelpunkt ressortübergreifenden Handelns« zu stellen und so Politik für Jugend aus der Jahrzehnte andauernden Defensive zu holen. Doch politisch Wünschenswertes steht ohne Sanktionsmacht auf schwachen Beinen. Ohne politischen Willen, gesellschaftliche Missstände anzugehen, und ohne gesellschaftlichen Druck auf die Bundespolitik wird es keine bessere Jugendpolitik geben.

Wie geht's weiter? Auf der Website der Koordinierungsstelle »Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft« steht zum Entscheidungshorizont nur lapidar: In den Beratungen sei »deutlich geworden, dass es sehr herausfordernd wird, die richtige Balance zwischen hohem Anspruch und alltäglicher Anwendbarkeit des Jugend-Checks zu finden. Dennoch ist das Ziel klar, noch in der laufenden Legislaturperiode ein vorzeigbares Ergebnis für die Bundesebene zu präsentieren, welches dann spätestens ab Herbst 2017 zum Einsatz kommen kann.« Die Zeit drängt jedoch; ebenfalls im Herbst 2017 wird der Bundestag neu gewählt. Die Erfahrung lehrt, dass im unmittelbaren Vorfeld von Bundestagswahl und Wahlkampf keine großen bundespolitischen Entscheidungen mehr gefällt werden.

Lehren für Hamburg? Der Landesjugendring Hamburg will seinerseits das Thema »Eigenständige Jugendpolitik« auf Landesebene aufgreifen. Aus den Berliner Vorgängen kann die Lehre gezogen werden, dass ein Jugend-Check allein keinen jugendpolitischen Frühling

macht. Es wären Probleme junger Menschen konkreter zu benennen, welche politisch zu lösen sind. In einem Arbeitspapier des LJR heißt es: »Jedes fünfte Kind in Hamburg ist arm. Eine Eigenständige Jugendpolitik muss die Kinder- und Jugendarmut in dieser reichen Stadt kontinuierlich bekämpfen. Die finanzielle Situation von Familien ist der entscheidende Faktor für Teilhabe, Gesundheit, Bildung und Entwicklungschancen junger Menschen. ... Gleichzeitig müssen Maßnahmen und Instrumente gestärkt, gefördert und initiiert werden, die die Chancengleichheit durch Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit fördern. Eine Eigenständige Jugendpolitik will und muss die Lebensqualität aller Kinder und Jugendlichen verbessern, demokratisches Lernen fördern und Selbsterfahrungsräume vorhalten, an denen sich Kinder und Jugendliche als wertvoll und selbstwirksam erfahren. Jede politische Entscheidung ist darüber hinaus darauf zu prüfen, welche zukünftigen Auswirkungen sie in finanzieller, sozialer und ökologischer Hinsicht für nachfolgende Generationen haben. Eine Eigenständige Jugendpolitik hat das Ziel, Strukturen zu schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche kontinuierlich und wirksam politisch beteiligen können.«

Das sind erste Überlegungen, den Ansatz einer »Eigenständigen Jugendpolitik« auf Landesebene fruchtbar zu machen. Es kommt nun darauf an, diesen Ansatz an Hamburg spezifischen Problemlagen junger Menschen politisch zu schärfen. Der in diesem Heft dokumentierte Vollversammlungsbeschluss zur School-Life-Balance steht dafür beispielhaft. Er benennt das Problem der Freizeitverknappung von Schülern/innen, unter der auch das ehrenamtliche Engagement leidet, und zeigt zugleich politische Lösungsmöglichkeiten durch machbare Änderungen im Schulgesetz auf.

Grundsätzlich muss eine »Eigenständige Jugendpolitik« für Hamburg, die sich als Interessenvertretungspolitik für junge Menschen und zukünftige Generationen versteht, zwei Dimensionen verfolgen: Inhaltlich sind konkrete Problemlagen junger Menschen aufzugreifen (z.B. Kinder- und Jugendarmut), Handlungsräume zu benennen und politische Ziele sowie Lösungsschritte zu entwickeln. Zugleich wäre sie methodisch und strukturell zu verankern: Ein Jugend-Check könnte analog zu den Berliner Überlegungen in das Gesetzgebungsverfahren implementiert werden. Und damit die Sorgen und Themen junger Menschen sichtbar werden, sind breite und wirksame Beteiligungssysteme zu schaffen. – Beide Dimensionen einer »Eigenständigen Jugendpolitik« müssen Hand in Hand gehen.



Quer durch die Zeit

Die Evangelische Jugend Hamburg feiert ihr 70-jähriges Bestehen

Von Siegmar Grapentin, Evangelische Jugend Hamburg

Am 11. Oktober 2016 feiert die Evangelische Jugend Hamburg (EJH) ihr 70-jähriges Bestehen. 70 Jahre sind lang – und doch ist uns beim Blick in die Archive deutlich geworden, wie viel Kontinuität an Themen und Fragestellungen, an organisatorischen Widersprüchen und an jeweils der Zeit geschuldeten Einflüssen vorhanden ist. Sieben Jahrzehnte EJH sind auch sieben Jahrzehnte hamburgische und deutsche Geschichte.

1946. Der 2. Weltkrieg ist vorbei. Die Engländer verwalten Hamburg und installieren eine neue Ordnung, die anknüpft an Gedanken von Freiheit und Demokratie. Die Stadt ist weitestgehend zerstört. Wer überlebt hat, sucht einen Ankerpunkt. In die Trümmer der Stadt kehren Menschen und der Wille zum Wiederaufbau zurück – und mitten drin versucht auch die evangelische Kirche einen Neuanfang. Während der Naziherrschaft war die Evangelische Kirche und damit auch die Jugendarbeit in großen Teilen gleichgeschaltet. Die seit den 20er Jahren bestehende Jugendarbeit war zu

großen Teilen und mit wenig Widerstand aufgegangen in den »Deutschen Christen« und in der »Hitler-Jugend«.

Die Ressourcen waren in der Nachkriegszeit knapp, und alle waren gezwungen zu improvisieren. Trotzdem sammelten verschiedene Pastoren und Ehrenamtliche Kinder und Jugendliche in Kreisen oder Gruppen und schnell wurde klar: Es braucht Schulung und Unterstützung. Um die Menschen und die neu aufgestellten Organisationen zu bündeln und ein Gremium der Mitsprache zu schaffen, wurden die Jugendkammer und ebenso die Evangelische Jugend Hamburg am 11. Oktober 1946 gegründet. Pastoren, Diakone bildeten mit Frauen und Männern, die Gemeinden und Jugendverbände repräsentierten, die EJH. Die Jugendkammer bildete so etwas wie den Vorstand.

Lokal und kreativ. In den 50er Jahren war die Arbeit stark auf die lokale Gemeinde orientiert. Die Themen der Jugendarbeit drehten sich im Kern um »Bibel« und »Evangelisation« sowie »Geselligkeit«. Dabei war man durchaus kreativ, nutzte Medien wie Radio und Film, organisierte Schulungen und Freizeiten.

In den 60er Jahren verlangten Jugendliche, die nach dem Krieg geboren waren und in der Jugendarbeit groß wurden, mehr Mitsprache und Eigenständigkeit. Politische Themen wurden neben den Treffen in der »Heideburg« in Hamburg (so etwas wie das Zentrum der Jugendarbeit) wichtiger.

Neben der EJH waren in Hamburg der Christliche





Verein Junger Menschen, der Verband Entschieden Christentum und weitere christliche Jugendorganisationen aktiv. Viele engagierten sich auch im damaligen Hamburger Jugendring. Jedoch hat es eine gemeinsame Plattform wie eine Arbeitsgemeinschaft, wofür bundesweit die aej (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend) steht, in Hamburg nie gegeben, dafür aber zeitweilig den Ökumenischen Jugendrat. Inwiefern eine Zusammenarbeit mit der Vielfalt der Migrationsgemeinden in Hamburg eine

Neuaufgabe des ökumenischen Jugendrats möglich und nötig macht, wird sich zeigen.

Politisch? Die Evangelische Jugend hat immer Debatten der Zeit aufgenommen. Ob »Studentenrevolution« oder »sexuelle Befreiung«, »Anti-Atomkraft-Demos« und »Friedensmärsche«, »Hafenstraße« sowie »Aktionen gegen Rechts«, »Jugendklimakonferenz«, »Prävention sexualisierter Gewalt«, »Inklusion« und »interkulturelle Öffnung« – alles Themen, die auch in den Archiven der EJH zu finden sind. Wie politisch die EJH ist, lässt sich trotzdem schwer definieren. Sicherlich sind die Jugendtage am Buß- und Betttag, die in ganz verschiedenen Formen schon in den 60er Jahren gefeiert wurden und an denen heute über 1000 Jugendliche teilnehmen, aber Ausdruck für die Befassung mit gesellschaftlich relevanten Themen.

Wandlungen. Die Strukturen der Kirche änderten sich von einer Hamburgischen Landeskirche über die Nordelbische Kirche mit Schleswig-Holstein hin zur Nordkirche zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern. Diese Strukturwandlungen wie auch die Zusammenlegung von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen haben natürlich erhebliche Auswirkungen auf die evangelische Jugendverbandsarbeit. Denn immer wieder muss darum gerungen werden, die Selbständigkeit und Selbstorganisation der EJH gegenüber den kirchlichen Strukturen heraus zu stellen.

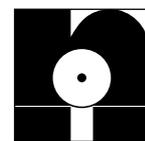
Aktuell geschieht das im Rahmen der Debatten um Partizipation und neue Kinder- und

Jugendordnung auf Ebene der Nordkirche. Die EJH steht dabei für das Recht von Kindern und Jugendlichen, sich selbst zu vertreten und eigenständig gegenüber Staat, Gesellschaft und Kirche zu agieren.

Eigen. Dies wird auch in dem aktuellen Motto der EJH deutlich: »Wir ist wo Du bist!« Da, wo Kinder und Jugendliche sich einbringen oder teilnehmen, da wo sie als Evangelische Christen oder als Teil der Evangelischen Jugendarbeit handeln, da ist die EJH und da wird fortgesetzt und immer wieder neu erfunden, was 1946 neu begann.

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Mehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62



Bande, die halten

Serie WirkungsStätten: Besuch beim CVJM Altona-Eimsbüttel

Von Christoph Fuchs, München

Die Jugendverbandsarbeit des CVJM Hamburg hatte lange eher die bürgerliche Mittelschicht im Blick. Der erst vor zwei Jahren gegründete CVJM Altona-Eimsbüttel will das ändern. Gerade Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen dort eine Anlaufstelle finden. Dank Behördenzuschüssen, eines kreativen Spendenaufrufs und viel ehrenamtlichen Engagements waren in diesem Jahr bei der ausgebuchten Sommerfreizeit nach Dänemark 26 Teilnehmer/innen dabei, die sich das sonst nicht hätten leisten können. Ein Besuch beim Freizeit-Nachtreffen.

Es ist eine bunte Gruppe Kinder und Jugendlicher, die sich auf dem Platz vor der Apostelkirche versammelt. Als eine der ersten ist Lea gekommen, ein 14-jähriges Mädchen. Wenig später kommt Clarence, elf Jahre alt, mit ghaischen Wurzeln. Begrüßt mit großem Hallo trudeln aus allen Richtungen weitere Gäste ein, im Alter zwischen zehn und 16 Jahren. Weil die Sonne sich an diesem Samstag im September noch einmal aufgerafft hat und Hamburg zu kurzen Hosen und T-Shirts einlädt, ist spätestens auf den zweiten Blick erkennbar, dass diese gemischte Schar Heranwachsender etwas eint: Alle tragen sie ein Stoff-Armbändchen am Handgelenk, wie man es sonst von Besuchern

von Musikfestivals kennt. Auf dem Bändchen steht: CVJM Altona-Eimsbüttel.

Seit einigen Wochen ziert es die Handgelenke der Versammelten, genauer: Seit Beginn der 15-tägigen Sommerfreizeit des CVJM (Christlicher Verein Junger Menschen) Ende Juli ins dänische Løkken, die insgesamt 41 Kinder und Jugendliche gemeinsam mit zehn Teamer/innen unternahmen. In den Räumen der Apostelkirche findet nun das Nachtreffen statt. Bei der Diashow zu Beginn schwelgen alle, die dabei waren, in Erinnerungen. Ziel des Nachtreffens ist für die Teamer/innen aber auch, den ebenfalls eingeladenen Eltern der Teilnehmer/innen einen Eindruck zu vermitteln, was auf der Freizeit passiert ist, einander später bei Kaffee und Kuchen kennenzulernen und über weitere Angebote im CVJM zu informieren.

Ein guter Monat ist vergangen seit der Rückkehr der Reisegruppe aus Løkken. Clarence muss nicht lange überlegen: »Klar wär' ich gern immer noch dort.« Als ihm dann ein wenig die Worte ausgehen, um zu erklären, woher die Sehnsucht rührt, fasst er sich an sein Stoff-Bändchen. Das Gemeinschaftserlebnis der Freizeit, es dauert fort und es lässt sich an den Handgelenken ablesen: Ein Blick in die Runde ergibt, dass keiner das Stoffband durchgeschnitten hat. Was in Løkken entstanden ist, hat gehalten.

Ein schöner Anblick muss das sein für die zehn Teamer/innen der Freizeit, die auch das

Nachtreffen organisiert haben. Denn als Leitbild und Motivation der Jugendarbeit im Verein gibt Laura Vanselow, eine der Teamer/innen, aus: »Wir alle haben Gemeinschaft in der Vergangenheit als besonderen Wert erfahren. Wir alle sind in unserer Gemeinschaft gestärkt worden, haben uns neu erfahren und ausprobieren dürfen. Nun möchten wir das weitergeben.«

Zusammenwachsen. Dafür, finden sie beim CVJM Altona-Eimsbüttel, eignet sich das Format einer gemeinsamen Freizeit besonders gut. »15 Tage lang können wir jeden Tag alle miteinander wieder von Vorne anfangen. Wenn etwas im Miteinander nicht glückt, nicht klappt, dann versuchen wir es neu, anders.«, so Gwen Schwethelm, ebenfalls Teamerin, »Wir wachsen miteinander zusammen. Das ist jedes Jahr wieder eine tolle Erfahrung!« Den typischen Tagesablauf erklärt die 14-jährige Lea: »Um 9.30 Uhr gab es Frühstück. Der Küchendienst wurde deswegen schon um 8.30 Uhr geweckt. Nach dem Frühstück gab es einen Programmpunkt – immer etwas Anderes. Dann gab es Mittagessen. Nachmittags war manchmal Programm, manchmal freie Zeit. Und dann gab es Abendessen. Abends dann Shows, Singstar oder Disko.« Jeder Teilnehmer war an einem Tag der Freizeit für alle drei Mahlzeiten für die Küche zuständig, nur Lea häufiger: »Ich hab' da Spaß dran.« Die Programmpunkte



zwischen den Mahlzeiten waren abwechslungsreich ausgestaltet. Der elfjährige Henry zählt auf: »Ans Meer gehen, in den Tierpark, Fußball spielen, basteln.« Außerdem gab es in Projekteinheiten Gelegenheit, eine Vorstellung über gelungenes gesellschaftliches Zusammenleben im Großen wie im Kleinen zu entwickeln und sich mit Problemen wie Kinderarmut auseinanderzusetzen.

Teamer Finn Hoffmann fasst zusammen: »Die Tage sind so ausgelegt, dass es jeden Morgen einen möglichst großen Horizont an Möglichkeiten gibt, selbst zu sein, mit anderen zu sein und etwas zu bewegen.« Martin Wincierz, ebenfalls Teamer, ergänzt: »Es geht uns darum, Raum zu schaffen für die Kinder, damit sie zeigen können: So bin ich.«

Die eigene Sangeskraft haben auf der Freizeit alle Teilnehmer/innen entdeckt. Den Eindruck gewinnen die Zuhörer/innen, als beim Nachtreffen noch einmal »Wenn der Abend naht« angestimmt wird, eines der Lieder aus Løkken. Es wird vorgetragen mit der Patina, die ein Lied wohl nur auf solchen Freizeiten bekommen kann, wenn stete Wiederholung Gelegenheit gibt, die eine oder andere Stelle mit lautmalerschen Umspielungen zu verfeinern. Die Inbrunst erreicht ihren Höhepunkt im Refrain, da heißt es: »Draußen weht gewiss ein kalter Wind, doch die Feuer nicht erloschen sind für uns Sänger, wie ihr wisst.«

Ein Zuschuss, der nicht reicht. Der kalte Wind weht manchen der Sänger/innen in ihrem jungen Leben mit einiger Wucht ins Gesicht. Von

den 41 teilnehmenden Kindern und Jugendlichen kommt mehr als die Hälfte aus einkommensschwachen Familien. Ihre Eltern konnten die 495 Euro, die die Freizeit pro Person kostet, nicht aufbringen. Die Hamburger Sozialbehörde BASFI hilft in solchen Fällen mit einer Förderung, die die Reisekosten auf 90 Euro senkt. »Eine super Sache«, sagt Anne Dewitz, Schatzmeisterin beim CVJM Altona-Eimsbüttel und ebenfalls als Teamerin auf der Reise aktiv. Aber der Verein hat festgestellt, dass der Zuschuss allein die Probleme nicht löst.

Ein Grund ist, dass die Auskunft über die eigene finanzielle Leistungsfähigkeit viel Vertrauen voraussetzt, weshalb es immer wieder vorkommt, dass zunächst unausweichliche Termine vorgeschoben werden, um die Nicht-Teilnahme zu begründen. »Wir können es uns nicht leisten«, das sagen Eltern weder ihrem Kind noch Dritten gegenüber gern. In Zuwandererfamilien kommt hinzu, dass die Formulare der Behörden für die Eltern schwer verständlich sind und die Gespräche über die finanziellen Verhältnisse nicht einfach am Telefon geführt werden können. Dann muss entweder das älteste Kind einspringen oder die Teamer/innen des CVJM fahren zu den Familien nach Hause, um die nötigen Unterlagen gemeinsam zu suchen. Auf Verbandsseite bedeuten Zuschüsse somit einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Oft sind es zudem Ehrenamtliche, die sich in die nicht immer leicht durchschaubaren Unterlagen der antragstellenden Familien einarbeiten müssen. Stimmt etwas bei der Berechnung nicht, kann das

folgeschwer sein: »Mit dem Risiko, dass bei der Prüfung der Einkommensverhältnisse ein Fehler unterläuft und der Zuschuss zu unrecht gewährt wird, ist der ehrenamtlich getragene Jugendverband allein gelassen«, so Laura, die die Anträge im CVJM-Landesverband prüft.

Crowdfunding. Selbst mit Zuschuss kann manche Familie ihrem Nachwuchs die Reise nicht bezahlen, zum Beispiel, weil alle vier Kinder mitwollen, was die von der Familie selbst zu tragenden Kosten vervierfacht. »Als im letzten Jahr viel mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien mitfahren wollten, als Behördenmittel zur Verfügung standen und wir viele Familien mit drei und mehr Kindern hatten, die zusätzliche finanzielle Entlastung benötigten, entstand bei uns die Idee, eine Art Crowdfunding zu machen«, berichtet Anne. Die Teamer/innen aktivierten ihren Verwandtschafts- und Freundeskreis, um die Beträge einzuwerben, die manchen Teilnehmer/innen noch fehlten. Dafür wurden sie kreativ: Jeder Spender wurde zum Nachtreffen eingeladen und erhielt eine Postkarte sowie ein gerahmtes Gruppenfoto und eine Foto-DVD der Reise. Wer aber noch ein wenig mehr spendete, der wurde zum Beispiel mit einem eigens komponierten Lied von der

Info: Christlicher Verein Junger Menschen Altona-Eimsbüttel | Bei der Christuskirche 3 | 20259 Hamburg | Tel.: (040) 32 03 44 98 | cvjm@jugendvilla.de | www.cvjm-ae.de

Reise belohnt. Zum zweiten Mal hat der Verein in diesem Jahr den unkonventionellen Weg des Spendenaufrufs beschritten. »Es hat zwei Mal sehr gut funktioniert«, resümiert Anne.

Den CVJM Altona-Eimsbüttel gibt es erst seit gut zwei Jahren. Gegründet wurde die dritte Ortsgruppe des Hamburger CVJM-Landesverbandes im Juni 2014. Zuvor in einer anderen CVJM-Ortsgruppe aktiv, wollten die acht Gründungsmitglieder mehr Freiheit bei der Bestimmung der Ziele und Ausgestaltung der ehrenamtlichen Jugendarbeit haben und entschlossen sich deshalb, ihre eigene Ortsgruppe zu starten. Zum »C« für christlich im CVJM haben sie inzwischen ein eigenes Verhältnis gefunden: »Ich glaube, dass man sich mit dem »C« auseinandersetzen kann, ohne dauernd aus der Bibel zu lesen. Wir wollen es vorleben, nicht vorbeten«, fasst Gwen zusammen.

War für die Gründung selbst noch ein Café ausreichend, begann danach die Suche nach Räumlichkeiten. Als neuer Verein einen Ort für sich zu finden, fällt in Hamburg nicht leicht. »Theoretisch kann man einen Raum anmieten und Mietkostenzuschuss beantragen. Aber das ist praktisch schwer umzusetzen«, so Gwen. Stattdessen ging der Verein auf die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Eimsbüttel zu. Dort empfing man sie mit offenen Armen. Nun geht es für den Verein darum, in der Kooperation mit der Kirche die richtige Balance zu finden zwischen der Unterstützung der Gemeinde im Alltag, wie etwa bei Jugendgottesdiensten und auf der Konfirmandenfreizeit, und eigenen Angeboten. »Es geht uns darum, auch etwas jenseits der traditionellen kirchlichen Angebote zu machen«, gibt Martin die Richtung vor, »und wir merken: Der Bedarf ist groß.«

Über den Tellerrand. Das liegt auch daran, dass der Verein eine für Jugendverbände ungewöhnliche Zielgruppe erschlossen hat. Zumeist war Jugendverbandsarbeit in der bürgerlichen Mittelschicht beheimatet. Der CVJM Altona-Eimsbüttel will hingehen auch Kinder



und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien und mit Migrationshintergrund ansprechen. Ein Glück für Kinder wie Clarence, denn die Leute vom CVJM bringen Hartnäckigkeit mit, nachzufragen, wo Anmeldebögen bleiben, und Geduld, um beim Ausfüllen zu helfen. Wenn es am Geld fehlt, werben sie Spenden ein. Sie treffen den richtigen Ton – das ist schon nach wenigen Minuten beim Nachtreffen erkennbar – im Umgang mit den Eltern, vor allem aber mit den Kindern. Und dann geben sie Kindern, die in ihrem Alltag mit viel kaltem Gegenwind zu kämpfen haben, Gelegenheit, sich auf einer Freizeit in einer Gemeinschaft zu finden. »Dass so viele Kinder in Hamburg in Familien leben, für die ein Urlaub nicht möglich ist, begreifen wir als Appell an die Jugendverbände, den Kindern eine Reise möglich zu machen«, sagt Finn.

Aber auch über das Jahr versucht der CVJM Altona-Eimsbüttel mit Aktionen, Angeboten

und Wochenendfahrten, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und die Teilnehmer/innen für gemeinsames, solidarisches Handeln zu begeistern. Das ist allerdings gar nicht so einfach. Neben Nachmittagsunterricht und Ganztagschule erschwert auch häufig der weite Anfahrtsweg die regelmäßige Teilnahme an Angeboten des Vereins.

Dass da trotzdem etwas (zusammen)hält, dafür ist Riccardo (14 Jahre) der beste Beweis. Er fährt seit 2010 mit dem CVJM im Sommer weg. Nächstes Jahr möchte er selbst Teamer werden und weitergeben, was er erfahren hat.

Am Ende des Nachtreffens steht ein Ausblick: Im nächsten Jahr geht es nach Schweden. Die diesjährige Freizeit war weit im Voraus ausgebucht. Das könnte wieder passieren, denn es gibt zahlreiche Werbeträger. Der elfjährige Clarence sagt: »In der Schule fragen mich alle, woher ich mein Armband habe.« Und er will es weiter dran lassen.



Serie: WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände, ihre Wirkungsstätten und schaut über den Tellerrand auf andere Formen der Jugendarbeit. Alle bisherigen Reportagen finden sich online unter: www.ljr-hh.de/wirkungsstaetten

Nachrichten...

Gemeinsam. Leben. Lernen.

Buß- und Betttag 2016: Die Evangelische Jugend Hamburg (EJH) lädt ein zum Jugendtag am 16. November



Trennendes. Es läuft eine ganze Menge auseinander in unserer Gesellschaft. Oder genauer gesagt: Es wirken Kräfte in der Politik und auf den Straßen, die vor allem und immer wieder betonen, was uns trennt. Manche gehen so weit, sich von ganzen Gruppen lieber ganz trennen zu wollen. Beispiele für Äußerungen, die man mit »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« noch sehr zurückhaltend bezeichnen muss, sind in jeder Talk-Show im Fernsehen zu hören und sollen hier nicht wiederholt werden.

Vielfältige Wirklichkeit. Jugendliche sind nicht unbedingt die Adressaten dieser Shows und Hetzreden. Aber die Inhalte kommen an oder mindestens bei ihnen vorbei in der medialen Weiterverwertung. Die Welt in der Jugendliche in Hamburg aufwachsen ist dagegen eine andere: Sie wachsen in einer sehr vielfältigen und immer noch sehr offenen Stadt auf. In den meisten Schulen sitzen Jugendliche ganz vieler Herkunft zusammen. Sie lernen in Hamburg in der Schule durchaus etwas über die verschiedenen Religionen, sie haben die Auswahl zwischen mindestens zwei Fußballvereinen und sie machen massenweise selbst Sport im Verein um die Ecke. Jeden Tag sind sie eingeladen zu Konzerten, Events und Kultur jeglicher Art und Preisklasse. Sie können tanzen, feiern und was erleben und wenn sie wollen ihr eigenes Ding machen. Sie können Trends folgen oder es lassen, sich individualisieren oder shoppen gehen und sich ernähren, wie immer sie wollen, und

lieben, wie und auf welche Weise sie wollen. Und die Welt des Internets macht ihnen Welten auf und gibt Zugang zu nahezu allem Wissen und jeglicher Form kultureller Erfahrung. Zumindest virtuell und potentiell.

Wer bin ich? Der Herausforderung für die Jugendlichen ist es also eher sich ständig anzupassen. Jugendliche sind nicht angepasst – sie machen, dass sie zu allem passen. Und dabei wechseln sie ihre Identitäten und spielen mit kultureller Vielfalt sehr geschickt. Das ist wahrscheinlich anstrengend aber es gelingt ihnen ganz gut. Jugendliche lernen und verinnerlichen Vielfalt. Und das tun sie gemeinsam – egal welcher Herkunft. Sie lernen: »Es ist nicht so schwer verschieden zu sein. Es ist schwer etwas zu sein.«
Wer sind Wir? Diese Frage ist nicht nur individuell problematisch. Noch weniger kann sie Deutschland zur Zeit positiv beantworten. Aber genau das braucht es. Ein »Wir« betonen, damit die Chancen und der Spaß am »gemeinsam groß werden« wächst. Die Evangelische Jugend ist für Jugendliche nicht der Ort, an dem sie als erstes »Vielfalt« erwarten. Grund genug, die Erfahrungen des Alltags mit der Welt, in der es vordergründig um Werte und Glaube geht, zu verknüpfen.

Gemeinsam. Genau das probieren wir beim Jugendtag am Buß- und Betttag. Als EJH wollen wir die Vielfalt der Stadt erlebbar machen: Mit jungen Christen aus den unterschiedlichsten Kirchen gemeinsam feiern – voneinander lernen – miteinander Spaß haben – inklusiv & interkulturell – mit vielen kreativen Workshops und reichlich Musik. Und wir wollen dies gemeinsam tun – auch mit Jugendlichen aus anderen Jugendverbänden und Gruppen. Sie können teilnehmen und noch lieber mitmachen: sich zeigen und ins Gespräch bringen in Workshops und Aktionen.

Lebendig. Daneben gibt es ganz viel Programm auf der Bühne. Ein Highlight wird die Premiere eines Tanz-Stückes sein, dass die Hip-Hop-Academy erarbeitet. Ein Stück zum Luther-Jubiläums-Jahr 2017. Wir sind gespannt, wie die Jugendlichen mit ihren künstlerischen Mitteln ausdrücken, was ihnen Luthers Gedanken und die 500 Jahre alte Reformation heute sagen. Das Ganze ist eingebettet in einen Gottesdienst. Wir starten mit der Begrüßung und enden mit der Bitte um Gottes Segen. Dazwischen sind Lieder, Gedanken, Bibelstellen und Gebete über den Tag verteilt.

Wer ist eingeladen? Der Jugendtag wird ein Fest für Jugendliche, Konfirmanden und Gruppen verschiedener Herkunft. Der Buß- und Betttag ist ein gesetzlich geschützter evangelischer Feiertag, an dem evangelische Schüler/innen auf Antrag schulfrei erhalten. Wir wollen Integration leben und erwarten deshalb, dass auch

nicht-evangelische Schüler/innen an diesem Tag teilnehmen können. Jugendliche ab zwölf Jahren sind als Teil einer Jugendgruppe in Begleitung von Teamern und Hauptamtlichen eingeladen.

Weitere Infos: <http://neu.ejh-online.de/events/buss-und-betttag> (u. a. zur Schulunterrichtsbefreiung, zur Anmeldung und zum Programm)

Termin und Ort: 16. November 2016 | 9–15 Uhr | Terminal Tango am Hamburg Airport

Junge Islamkonferenz Hamburg 2016
Hamburg (inter-)kulturell geöffnet?
Was bedeutet das eigentlich? Und wie kann das gelingen?



Was meint interkulturelle Öffnung eigentlich genau? In wie weit sind Hamburger Institutionen interkulturell geöffnet? Haben wirklich alle Hamburger/innen die gleichen Zugangschancen? Wie können wir Vielfalt leben und gestalten? Der Diskurs zur interkulturellen Öffnung ist nur einer von mehreren spannenden Themen bei der JIK Hamburg 2016. Damit soll es möglich sein, neben den allgemeinen Hintergrundinformationen zu Vielfalt und muslimischen Leben in Deutschland auch tiefere Einblicke in aktuelle und immer wieder aufkommende Debatten zu erhalten.

Die JIK Hamburg 2016 gliedert sich in drei Arbeitseinheiten und findet an zwei Wochenenden statt: 12. und 13. November (Vorbereitungsseminar) | 19. November (Planspiel) | 20. November (Dialogforum)

Anmeldung bis zum 30. Oktober: www.junge-islamkonferenz.de/fileadmin/user_upload/_temp_/hamburg_anmeldeformular_JIK.pdf

Info: www.junge-islamkonferenz.de

Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

Kurs 2-16

Zum Seminar: Der Landesjugendring Hamburg bietet thematisch verbandsübergreifende Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) an. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind und deren Jugendverbände kein eigenes Ausbildungsangebot haben oder die über bezirkliche Träger angemeldet werden.

Wozu eine Jugendleiterausbildung? Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Außerdem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleitercard (Juleica) ist außerdem eine wichtige Legitimation – so z.B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

Themen der Kurse: In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Termin: 4. bis 6. und 18. bis 20. November 2016

Ort: Der Sunderhof | Forstweg 35 | 21218 Seevetal

Veranstalter: Landesjugendring Hamburg | (040) 317 96 116 | juleica@ljr-hh.de

Teilnahmegebühr: Hamburger Jugendverbändler/innen: 60 €
Andere Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 240 €
Alle anderen: 300 €

Medileica – Medienkompetenzfortbildung für Jugendleiter/innen

Anerkannte Fortbildung für die erneute Beantragung der Juleica

Nichts wie raus und go! Alle sprechen heute von Teamarbeit und Arenen und meinen nicht den lokalen Sportverein. Mit dem Smartphone auf Monsterjagd, das wollen wir praktisch probieren und die Phänomene für die Jugendarbeit nutzbar machen. Der Spagat zwischen kommerzieller Nutzerdatenauswertung, Bewegungsprofilen, eigener Medienidentität und Spielspaß ist die Herausforderung für Kinder und Jugendliche. Die Socialmedia-Aktivitäten wie WhatsApp, Instagram, Facebook oder YouTube werden parallel als Informations-, Kommunikations- oder Unterhaltungsmedium genutzt. Aber was bedeutet das für die Jugendarbeit »in der wirklichen Welt«?

Erkenntnisse über die Bedeutung der Medien in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, aber auch Methoden diesen Medienalltag kritisch-kreativ zu

begleiten und dabei eigene Medienkompetenz zu erlangen, stehen im Mittelpunkt der Jugendleiter-Fortbildung Medileica. Was Ihr dabei für Euch lernt, könnt Ihr später auch für die Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen verwenden. Auf der Seminaragenda stehen aktuelle Diskussionen, inhaltliche Inputs, Wissenswertes und praktische Übungen zu:

Modul 1: Social Media

- Jugend(arbeit) in sozialen Netzwerken! Trennung von virtueller und realer Welt war gestern.
- Persönlichkeits- und Datenschutz! Empfehlungen für einen bewussten Umgang mit Privatsphäre, Bildern, Videos und Texten im Netz.
- Vom Online-Konflikt zu Cyber-Mobbing! Was sind die Fakten und wie kann ich es verhindern?

Modul 2: Smartphone

- Wie lässt sich das Smartphone kreativ und sinnvoll nutzen? Wissenswertes über Pokémon Go, Agent-X, Handyrallys mit Action Bound, Handyfilmpraxis und weiteres.
- Smartphones bringen das mobile Web und Gaming in die Hosentasche. Welche Möglichkeiten und Folgen hat das für Kinder und Jugendliche?

Zielgruppe: Jugendleiter/innen und Aktive in der Jugendarbeit ab 16 Jahren.
Termine: 9. und 16.11.2016 | 17 bis 21.30 h
Referent: Ansgar Büter-Menke
Teilnahmebeitrag: 4 € (Hamburger Jugendverbändler/innen) | 17 € (Teilnehmende aus dem Bereich der Hamburger Jugendhilfe) | 22 € (andere Interessierte)
Bitte mitbringen: nach Möglichkeit Smartphone und/oder Notebook
Ort: Haus für Jugendverbände | Güntherstr. 34, 22087 Hamburg
Anmeldung: bis zum 1.11.2016 an LJR Hamburg | T. (040) 31 79 61 14 | info@ljr-hh.de
Gefördert von: Medienanstalt Hamburg – Schleswig-Holstein | www.ma-hsh.de
Kooperationspartner: Landesjugendring Schleswig-Holstein | Landesjugendring Hamburg | Offener Kanal Schleswig-Holstein